

Westdeutsche Allgemeine WAZ - Zeitung für Essen-Rüttenscheid
vom 03.01.2019

WESTDEUTSCHE
ALLGEMEINE
WAZ

Ressort: Lokales
Ausgabe: Hauptausgabe

Auflage: 8.685 (gedruckt)

Student weist Diskriminierung nach

Aufwändige Studie: Berliner Bundestagsabgeordnete behandeln Bürger mit ausländisch klingendem Namen schlechter als Menschen mit deutschem Namen

Von Martin Spletter

Abgeordnete des Deutschen Bundestages diskriminieren systematisch Bürger mit Migrationshintergrund. Das hat der Politik-Absolvent Jakob Kemper (23) mit seiner Abschluss-Arbeit herausgefunden. Er setzte fiktive Schreiben auf, die er an alle 709 Berliner Abgeordneten schickte – die Hälfte mit dem Absender-Namen Paul Schmidt, die andere Hälfte als Murat Yilmaz. Das Ergebnis: Ein Murat Yilmaz bekommt weniger und kürzere Antworten als Paul Schmidt. „Die Unterschiede sind relativ eindeutig“, berichtet Kemper, der 2013 sein Abi am Burggymnasium machte und ein Jahr später ein Bachelor-Politikstudium an der Uni Duisburg-Essen aufnahm. Jetzt absolviert er sein Master-Studium „Methoden der Sozialforschung“ in Bochum.

„Interessant ist auch, dass offenbar gar nicht jedes Schreiben an die Politiker beantwortet wird.“

Jakob Kemper, Politikforscher

Folgendes Szenario dachte sich der Student für seine Bachelor-Arbeit aus: Ein deutscher Krankenkoppler – mal Paul Schmidt und mal jemand mit türkischen Wurzeln, Murat Yilmaz – lebt derzeit in den Niederlanden, plant aber seine Rückkehr nach Deutschland. „Er richtet an alle Abgeordneten die Frage, ob er an der nächsten Bundestagswahl teilnehmen kann, wenn er wieder in Deutschland wohnt und im Wahlkreis des Abgeordneten wohnt, und was er dafür tun muss“, erzählt Kemper. „Das ist eine relativ leicht zu beantwortende Frage.“



Schrieb an alle 709 Berliner Bundestagsabgeordnete. Der Essener Politik-Absolvent Jakob Kemper löste mit seiner Abschluss-Arbeit an der Uni Duisburg-Essen einiges Aufsehen aus. FOTO: KERSTIN KOKOSKA

Die Bundestagsfraktion, die am deutlichsten unterschied, ob Paul Schmidt oder Murat Yilmaz schreibt, machte – wenig überraschend – die AfD: 47 Prozent der Abgeordneten antworteten Paul Schmidt, aber nur 26 Prozent schrieb Murat Yilmaz zurück.

Deutliche Unterschiede bei der AfD

Bei der CDU/CSU antworteten 73 Prozent dem Briefeschreiber mit deutsch klingendem Namen, nur 65 Prozent dem Absender mit türkisch klingendem Namen. Bei der SPD lag das Verhältnis bei 70 zu 68, bei der FDP 55 zu 53. Einzig bei den Grünen war es umgekehrt: Murat Yilmaz erhielt mehr Antworten (58 Prozent der Abgeord-

neten schickten eine Antwort) als Paul Schmidt (53 Prozent). „Interessant ist auch, dass ganz offenbar gar nicht jedes Schreiben beantwortet wird, obwohl die Abgeordneten dafür extra Mitarbeiter beschäftigen“, stellt Kemper mit einigem Erstaunen fest.

Seine Feldstudie wurde wissenschaftlich betreut von Politik-Professor Achim Goerres: „Kemper weist Zusammenhänge nach“, urteilt der Experte, „die nicht durch Zufall entstanden sein können“. Die Befunde seien „äußerst bedenklich“.

Das Phänomen, auf das Jakob Kemper bei seiner Arbeit gestoßen ist, wird in der Fachwelt als „taste based discrimination“ beschrieben

– Amtsträger diskriminierten dabei Bürger, die ganz offensichtlich nicht dem eigenen Milieu entstammten. Dieses Symptom ist weithin bekannt bei Vermietern, die ihre Wohnungen lieber solchen Bürgern überlassen, die offenkundig den Eigentümern ähnlich erscheinen, was Herkunft, Bildung und Geschmäcker angeht.

Kemper hatte die Schreiben an die Politiker zufallsweise mal per E-Mail und mal per Post verschickt. Noch etwas fiel dem jungen Politikforscher auf: Die Rückschreiben an Paul Schmidt waren in der Regel ausführlicher als die Antworten an Murat Yilmaz.

Ergebnisse wurden diskutiert

„Es scheint“, mutmaßt Kemper, „als ob sich die Abgeordneten bei deutschen Bürgern mehr Mühe mit ihren Schreiben geben als jenen für Bürger mit Migrationshintergrund.“

Kempers Arbeit löste Ende vergangenen Jahres einiges Aufsehen aus – einige Medien berichteten bereits über seine Ergebnisse. „Und ich habe mitbekommen“, sagt Kemper, „dass meine Arbeit in der Bundestagsfraktion der Linken intensiv diskutiert worden ist.“ Auch das Ergebnis dieser Fraktion war eindeutig: 53 Prozent der Abgeordneten antworteten dem Bürger mit deutsch klingendem Namen, aber nur 44 Prozent dem Bürger namens Murat Yilmaz.

„Viele pflegen ihr Vorurteil“

Essens Dezernent Al Ghusain über Erfahrungen mit seinem Namen

Ist ein ausländisch klingender Name ein Nachteil im Alltag? Mughtar Al Ghusain, als städtischer Dezernent für Schule, Jugend und Kultur seit einem Jahr im Amt, hat dazu unterschiedliche Erfahrungen gemacht. „Subjektiv kann ich von mir sagen, dass ich kaum je persönlich Situationen erlebt habe, die ich als Diskriminierung interpretieren konnte“, berichtet Al Ghusain, der lange in Würzburg tätig

war. Al Ghusains Vater kam in den 50er Jahren als jordanischer Gastarbeiter nach Deutschland.

„Wo meine Herkunft aber tatsächlich einen erheblichen Einfluss hatte, war die Kommunalwahl 2014 in Würzburg, wo ich als Oberbürgermeister kandidiert habe und in der Stichwahl mit knapp 45 Prozent der Stimmen



Mughtar Al Ghusain FOTO: AREND

verlor. In dieser Zeit wurde mir sehr häufig zuggetragen beziehungsweise habe ich erfahren, dass mein Name einen Nachteil darstellt, weil viele Menschen ihre Vorurteile pflegten.“ Al Ghusain gibt aber zu bedenken, dass er Musik studierte und in diesem Umfeld Internationalität stark verbreitet ist. Diskriminierung erlebte er dort kaum.